



Herrn
Dr. Jürgen Holdefleiß
Spinozastr. 23
68165 Mannheim

Berlin, 17. Mai 2017
Bezug: Ihr Schreiben vom
28. April 2017
Anlage: 1

Referat Pet 3
AA, BKAm, BMAS (Soz.), BMBF,
BMEL, BMFSFJ, BPrA

Regierungsdirektorin Annette Schutz
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-39280
Fax: +49 30 227-30013
vorzimmer.pet3@bundestag.de

Regelungen zur Altersrente
Pet 3-18-11-8222-020229/0003 (Bitte bei allen Zuschriften angeben)
Ihre Eingabe für Herrn Dr. Jürgen Holdefleiß, 68165 Mannheim

Sehr geehrter Herr Holdefleiß,

der Direktor beim Deutschen Bundestag hat mich gebeten, auf Ihr Schreiben vom 28. April 2017 zu antworten. Sie erkundigen sich nach dem Verbleib der von der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. verfassten Resolution. Wie Sie richtigerweise ausführen, wurde die Resolution dem Petitionsausschuss zugeleitet und liegt hier vor. Soweit Sie anmerken, dass die Resolution trotz entsprechender Adressierung nicht alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages erreicht hat, bleibt es Ihnen unbenommen, für eine entsprechende Bekanntgabe zu sorgen. Eine Verteilung durch den Ausschussdienst des Petitionsausschusses erfolgt leider nicht. Ihrem Wunsch entsprechend, habe ich diesem Schreiben eine Kopie der Unterschriftenlisten beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag


Annette Schutz

gescannt

20447189470



Prof. Dr. Matthias Zimmer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Stellv. Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag
3173/189
27.03.2017 10:52
Hilfsfaktor

W
17/3

Prof. Dr. Matthias Zimmer MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Herrn Bundestagspräsident
Prof. Dr. Norbert Lammert MdB
Deutscher Bundestag

Präsidialbüro
27.03.2017 08:31
Wf... 1/16/2017 = k

Pa1

Im Hause

| | | | | | | | |
|--|-----------|-------|-------------|-------------|------------|--------|-------------------------------------|
| Deutscher Bundestag Wohlfahrtsausschuss | | | | | | | |
| 28. MRZ. 2017 | | | | | | | |
| Vorg.: | | | | Anl.: | | | |
| Vors. | Leiter | Sekr. | Ref.L. | Ref. | Secbb. | Vorpr. | 3.0 |
| | P 29/3 | | Sch 30/3 | Sch 20/3 | A 30.01 | | Berlin, 24. März 2017 28/3 3e |

2/10/17
13

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

ich habe vor einigen Tagen die beiliegende Resolution angenommen, die zuvörderst an Sie adressiert ist. Ich bin mir sicher: Sie wissen, wie damit weiter zu verfahren ist.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Matthias Zimmer

Anlagen



Resolution



IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

**Herrn Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert MdB
und
Damen und Herren Abgeordnete des 18. Deutschen Bundestages
11011 Berlin**

Berlin, den 21.03.2017

Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ vertritt die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ (ehemalige DDR-Flüchtlinge).

Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ ist die Vorhut der Bürgerbewegung der DDR und war, als der Beitritt der DDR vollzogen wurde, im Geltungsbereich des Grundgesetzes ansässig.

Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ hatte nachweislich nicht zur Verhandlungsmasse bei der Gesetzgebung zum Beitritt der DDR gehört. Die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR wirkte nach dem Willen des 12. Bundestages ausschließlich in den Rechtsraum der beigetretenen DDR.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland hatte für die ehemaligen DDR-Flüchtlinge böse Folgen, die in den Gesetzen zum Beitritt der DDR nicht angelegt sind.

Die mit ihrer einstigen Eingliederung in den Rechtsraum der alten Bundesrepublik begründeten Rechte sind durch einen willkürlichen rückwirkenden Eingriff der Exekutive in das Gesetz zur Rentenüberleitung (RÜG) gelöscht worden. Weder der Gesetzgeber noch die politische Öffentlichkeit noch die Betroffenen selbst sind informiert worden.

Der rückwirkende Eingriff in das RÜG hintertreibt den ausdrücklichen Willen des ersten gesamtdeutschen Bundestages sowie der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung.

Wir fordern:

- 1. Die vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge in die Wirkmechanismen des RÜG muss rückabgewickelt werden.**
- 2. Die bei der Eingliederung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge nach geltendem deutschen Recht begründeten Rechtspositionen sind wiederherzustellen.**

Resolution

3. Da die von 2006 bis 2015 dauernde Behandlung der Mehrfachpetition Pet. 3-16-11-8222-015348 unter einer grundsätzlich falschen Voraussetzung stattgefunden und damit unter einem erheblichen Mangel gelitten hat, ist eine nochmalige Behandlung des Themas „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ durch den Bundestag unbedingt erforderlich.
4. Der Bundestag ist aufgefordert, der seit 2015 auf dem Tisch des Bundestages liegenden Forderung nach Neubefassung (Pet. 3-18-11-8222-020228) nachzukommen.
5. Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ als Vertreterin der Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ fordert den Bundestag auf, Vertreter des Vorstands der IEDF anzuhören und bei der Bearbeitung hinzuzuziehen.